

Senatsvorlage Nr.:
- zur Kenntnisnahme -

für die Sitzung am Dienstag, dem

1. Gegenstand des Antrags: E-Government-Entwicklung in der Berliner Verwaltung
2. Berichtersteller: Senator Dr. Körting
3. Beschlussentwurf:
 - I. Der Senat nimmt Kenntnis von der durch die Senatsverwaltung für Inneres eingebrachten Senatsvorlage Nr. über
E-Government-Entwicklung in der Berliner Verwaltung (Bericht s. Anlage 1)
 - II. Eine Vorlage an das Abgeordnetenhaus ist nicht erforderlich.
 - III. Der Beschluss ist von der Senatsverwaltung für Inneres federführend zu bearbeiten.
4. Begründung:

Dem Senat ist über die E-Government-Entwicklung in der Berliner Verwaltung halbjährlich, jeweils zum 31.03. und 31.10. zu berichten.
5. Rechtsgrundlage:

§ 10 Nr. 24 GO Sen
6. Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen:

Es entstehen keine Kostenauswirkungen auf Privathaushalte und/oder Wirtschaftsunternehmen.
7. Auswirkungen auf die Zusammenarbeit mit dem Land Brandenburg:

Eine Kooperationsvereinbarung mit dem Land Brandenburg zur Zusammenarbeit auf dem Gebiet des E-Government wird derzeit erörtert.
8. Auswirkungen auf den Haushaltsplan und die Finanzplanung:

keine
9. Mitzeichnung(en):

Senatskanzlei, i.V. Schmitz 24.05.04
Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport, i.V. Härtel 18.05.04
Senatsverwaltung für Finanzen, i.V. Thöne 24.05.04
Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, i.V. Leuschner 14.05.04

Senatsverwaltung für Justiz, i.V. Flügge 13.05.04

Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, i.V. Dunger-Löper 23.05.04

Senatsverwaltung für Wirtschaft, Arbeit und Frauen, i.V. Ahlers 18.05.04

Senatsverwaltung für Wissenschaft, Forschung und Kultur, i.V. Dr. Husung 17.05.04

Dr. Körtig

Senator für Inneres

Bericht zur E-Government-Entwicklung in der Berliner Verwaltung

Stand: Mai 2004

1. Vorbemerkungen

Mit den Beschlüssen vom 20.08.2002 (Nr. 474/02) und 29.10.2002 (Nr. 646/02) hat der Berliner Senat die Ziele der E-Government - Entwicklung festgelegt und die Verwaltung beauftragt, auf der Grundlage des „Masterplans E-Government“ folgende Handlungsfelder zu bearbeiten:

- Entwicklung von E-Government - Anwendungen für Bürgerinnen bzw. Bürger und Wirtschaft
- Ausbau von zielgruppenorientierten Portalen und Vertriebs- bzw. Zugangswegen
- Weiterentwicklung der informationstechnischen Infrastruktur für das E-Government
- Personalentwicklung und personalwirtschaftliche Auswirkungen
- Gestaltung der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen
- Finanzierung / Finanzierungsmodelle
- Intensivierung regionaler und überregionaler Kooperation
- Planung, Organisation und Steuerung der Entwicklung des E-Government insgesamt

In seiner 29. Sitzung am 10. April 2003 hat das Abgeordnetenhaus folgendes beschlossen:

„Das Abgeordnetenhaus von Berlin begrüßt, dass der Senat einen Masterplan „E-Government“ beschlossen hat. Für seine Verwirklichung setzt das Abgeordnetenhaus folgende Prioritäten:

1. Alle Verwaltungen werden aufgefordert, sich umgehend über einen einheitlich strukturierten Internet-Auftritt der Berliner Verwaltung, der sich konsequent an den Bedürfnissen der Bevölkerung sowie weiterer Nutzerinnen und Nutzer (umfassende Information über alle öffentlichen Angebote in unterschiedlicher Trägerschaft, Systematisierung nach Lebenslagen, Alltagssprache, Mehrsprachigkeit, Download-Formulare usw.) orientiert, zu einigen. Das Angebot an spezifischen Leistungen der einzelnen Verwaltungen bleibt davon unbenommen.
2. Zur Unterstützung des Bürgerengagements und der Freiwilligenarbeit ist das Internet konsequent zu nutzen. Der Senat bietet der Berliner Freiwilligenagentur an, gemeinsam ihr Internetangebot zu einer landesweiten Plattform für Information und Kooperation sowie zur Förderung des bürgerschaftlichen Engagements in Berlin auszubauen. Dabei sind die bundesweiten Informationsangebote z. B. der Stiftung Mitarbeit zu nutzen.
3. Durch das Internet ist die Bevölkerung umfassend über Planungen der Verwaltung, insbesondere im Bereich der Stadtentwicklung, zu informieren. Ihr wird Gelegenheit zur Diskussion gegeben, deren Ergebnisse bei der Entscheidung der Verwaltung zu berücksichtigen sind. Dabei sind fortgeschrittene nationale und internationale Erfahrungen zur Partizipation per Internet zu nutzen.
4. Bis 2006 soll in Berlin der „online-Behördengang“ soweit als möglich verwirklicht sein.

5. In geeigneten Bereichen werden die internen Verwaltungsprozesse mit dem Ziel der Optimierung von Geschäftsprozessen auf eine datengestützte technische Grundlage gestellt und vernetzt. Dabei sind solche Verfahren anzuwenden, die zuständigkeitsübergreifende Arbeitsvorgänge zu stützen vermögen.
6. Um der drohenden „digitalen Spaltung“ der Gesellschaft entgegen zu wirken, muss sofort begonnen werden, in öffentlichen Einrichtungen entsprechende technische Möglichkeiten zur öffentlichen Verfügung zu stellen.
7. Statt teurer Neuentwicklungen soll konsequent das Prinzip der Nachnutzung bzw. der Anpassung fortgeschrittener Lösungen angewandt werden. Der Senat wird zudem aufgefordert, sich um die Teilnahme an von der Bundesregierung finanzierten Projekten zur Erprobung und Entwicklung von modernen E-Government-Lösungen zu bewerben.“

In der Mitteilung zur Kenntnisnahme vom 11. November 2003 hat der Berliner Senat dem Abgeordnetenhaus einen detaillierten Zwischenbericht zur Umsetzung des E-Government – Masterplans vorgelegt.

Mit dem vorliegenden 2. Zwischenbericht wird der seither erreichte Arbeitsfortschritt dokumentiert. Ziele und Vorgehensweise des Masterplans E-Government werden noch einmal kurz und zusammengefasst in Abschnitt 2 dargestellt.

Wesentliche Weiterentwicklungen werden im Abschnitt 3 beschrieben.

Im Abschnitt 4 ist der Status der Arbeiten in den einzelnen Handlungsfeldern sowie den realisierten Anwendungsverfahren und Pilotprojekten dokumentiert. Dies soll in kurzer, aber möglichst vollständiger Form die eigenständige Lesbarkeit und Verständlichkeit dieses Zwischenberichts unterstützen.

Abschnitt 5 gibt einen Ausblick auf die weitere Entwicklung im Jahr 2004.

2. Ziele und Umsetzung des Masterplans E-Government

Auf Grundlage des E-Government - Masterplans sind in der Berliner Verwaltung unter Berücksichtigung der Ziele

- Verbesserung des Kundenservices
- Steigerung der Zufriedenheit von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern
- Effektivierung des Verwaltungshandels
- Erschließung von Rationalisierungspotenzialen

bereits zahlreiche Projekte realisiert worden. Im Berichtszeitraum konnte diese Entwicklung fortgesetzt werden. Das übergreifende Ziel ist es weiterhin, bis zum Jahre 2006 in Berlin den „online-Behördengang“ soweit als möglich zu verwirklichen.

Die Maßnahmen zur Umsetzung des Masterplans E-Government werden von der Senatsverwaltung für Inneres in Verbindung mit der Senatskanzlei initiiert und gesteuert, soweit die Verfahrensverantwortlichkeit nicht bei den einzelnen Ressorts liegt. Im Rahmen des künftigen IT-Regelwerks wird auch hierbei die Senatsverwaltung für Inneres koordinierend tätig.

Die weitgesteckten Vorhaben der E-Government – Entwicklung müssen nicht nur im Hinblick auf Präsenz im Internet und technische Machbarkeit, sondern vor allem auch auf ihre konkreten Nutzen, die Realisierung von Einsparpotenzialen und die tatsächliche Akzeptanz hin beurteilt werden. Dies setzt in vielen Fällen voraus, dass Rahmenbedingungen zu verändern und insbesondere neue Arbeitsabläufe zu gestalten und einzuführen sind.

Effektivierung des Verwaltungshandelns und die Erschließung von Rationalisierungspotenzialen haben Priorität. Bei E-Government-Projekten stehen daher strukturelle

Veränderungen insbesondere durch Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsabläufen im Zusammenspiel mit technischer Innovation und einem konkreten Nutzen im Vordergrund. Ein entsprechendes Controlling ist auch im Zusammenhang mit den „Agenda-Projekten“ aufgesetzt worden.

3. Entwicklungen seit 11/2003

Für den Berichtszeitraum 11/03 –3/04 sind folgende Entwicklungen besonders hervorzuheben:

Berlin.de hat mit der Eröffnung des Portals „bürgeraktiv Berlin“ ein Forum für bürgerschaftliches Engagement und politische Meinungsbildung geschaffen. Das Informations- und Serviceangebot wird derzeit bereits von rd. 400 registrierten Vereinen und Stiftungen genutzt. Zur Förderung der aktiven Bürgerbeteiligung werden zudem Bauungs- und Flächennutzungsplanungen parallel zur öffentlichen Auslegung im Netz bereitgestellt. Dadurch erhalten Planungsträger und Bürger die Möglichkeit, sich online zur künftigen Planung zu äußern. Die Navigation von berlin.de wurde auf einen neuen Themenindex umgestellt, der die Inhalte von berlin.de und berlin-online integriert und nutzergerecht erschließt. Gleichzeitig wird das Angebot kontinuierlich barrierefrei gestaltet.

Im Projekt **Mobile Bürgerdienste (MoBüd)** wurde die erste Entwicklungsphase abgeschlossen. Im zweiten Schritt wurde der Testbetrieb aufgenommen, in welchem mit dem entwickelten „Bürgerberatungs-Koffer“ mobile Bürgeramtsdienstleistungen in den Bezirken Pankow und Spandau im Feldtest erprobt werden.

Zur Errichtung des **Berlin-Telefon** wurde die vom Landesbetrieb für Informationstechnik durchgeführte EU-weite Ausschreibung abgeschlossen. Im ersten Realisierungsschritt ist ein Pilotbetrieb in den Bezirken Steglitz-Zehlendorf und Lichtenberg sowie im Landeseinwohneramt vorgesehen.

Das Projekt **Voice-Auskunftsdienst** konnte mit Erfolg die Möglichkeiten der IT-gestützten automatischen Auskunft zum Stand der Bearbeitung von Ausweis-Anträgen im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf demonstrieren.

Im Bereich des Wohnungswesens erprobt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung mit bezirklicher Beteiligung derzeit ein Verfahren zur **Online-Wohngeldantragstellung** einschließlich Datenübernahme in das Fachverfahren Integriertes Wohnungswesen (InWo).

Zur Realisierung von **VOB-konformen elektronischen Ausschreibungen** wurden Ausschreibungsunterlagen im Internet bereitgestellt, die von den Bietern digital bearbeitet werden können. Aktuell führt die Senatsverwaltung für Stadtentwicklung Tests zur vollständigen digitalen Abwicklung unter Verwendung der elektronischen Signatur durch.

Die Senatsverwaltung für Justiz hat als Einstieg in den elektronischen Rechtsverkehr Verfahren zur **Online-Grundbuchauskunft** und zum **Online-Mahnverfahren** etabliert.

Im Bereich des Meldewesens hat das Landeseinwohneramt ein Verfahren zur **Online-Erteilung von Auskünften aus dem Melderegister** für externe Berechtigte bereitgestellt.

Berlin beteiligt sich an der vom Bundesministerium des Innern getragenen Initiative Deutschland-Online, in der unter dem Motto „Einige-für-Alle“ über alle Verwaltungsebenen hinweg bundesweit besonders wichtige Projekte in Arbeitsgruppen vorangetrieben werden. Die Beteiligungsschwerpunkte Berlins an dem auch von der Ministerpräsidentenkonferenz begrüßten Gesamtvorhaben liegen derzeit in den Bereichen Internetportale, Bauwesen, Geodaten und Meldewesen.

Die Senatsverwaltung für Inneres hat sich an dem vom Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit bundesweit durchgeführten Interessenbekundungs- und Auswahlverfahren zur Umsetzung von MEDIA@Komm-Transfer für Städte und Gemeinden erfolgreich beteiligt. Als eine von 20 Transferkommunen wirkt Berlin zukünftig an der Verbreitung der im Rahmen von [MEDIA@Komm](#) in den Regionen Bremen, Esslingen und Nürnberg entwickelten fortgeschrittenen E-Government-Technologien und – Anwendungen mit.

4. Status der Arbeiten in den einzelnen Handlungsfeldern

4.1 Entwicklung von E-Government-Anwendungen für Bürgerinnen bzw. Bürger und Wirtschaft

Im Folgenden werden bereits realisierte oder im Probereinsatz stehende sowie in Planung befindliche und für die Umsetzung des E-Government-Masterplans besonders wichtige Anwendungsverfahren der verschiedenen Behörden dargestellt, die zum Teil auch unter bezirklicher Beteiligung durchgeführt werden.

4.1.1 Laufende bzw. bereits abgeschlossene Vorhaben und Pilotprojekte

E-Vergabe VOB, SenStadt

In einem Pilotprojekt von SenStadt unter Beteiligung des BA Spandau werden elektronischer VOB-konforme Ausschreibungen erprobt.

Seit April 2003 werden Ausschreibungsunterlagen im Internet bereitgestellt, die heruntergeladen, digital bearbeitet und in Papierform eingereicht werden können. Zurzeit werden Tests zur vollständig digitalen Abwicklung unter Verwendung der elektronischen Signatur durchgeführt. Die Pilotphase des Projekts läuft bis Ende 2004.

Ziele des Verfahrens sind Serviceverbesserung für die Unternehmen, Optimierung der Prozesse bei der Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Vergaben im Baubereich sowie die Einführung eines landesweiten Verfahrens für die E-Vergabe. Ein Konsolidierungspotenzial ist nach Ende des Pilotprojekts quantifizierbar.

Online-Wettbewerbe, SenStadt

Das Verfahren umfasst die Durchführung von Planungswettbewerben und Bewerberverfahren sowie die Abwicklung einzelner oder aller Verfahrensschritte über das Internet (Verfahrensankündigung, Bewerbung, Ausgabe der Auslobungsunterlagen, Rückfragen inkl. Beantwortung, Ergebnispräsentation). In 2001 wurde der erste Online-Wettbewerb (Blankensteinpark) durchgeführt. In 2003 wurde ein erster virtueller Projekttraum (Bibliothek der Humboldt Universität) gebildet.

In 2004 soll das erste Online-Bewerberverfahren (OSZ Bautechnik II/Holztechnik) durchgeführt werden.

Ziele der Maßnahme sind Prozessoptimierung im Wettbewerbsmanagement, Verfahrensstandardisierung, Kosten- und Aufwandsreduzierung, Serviceverbesserungen sowie Schaffung von Transparenz im Verfahrensablauf.

GAA-Online, SenStadt

Die Produkte des Gutachterausschusses für Grundstückswerte in Berlin werden zur Erhöhung der Markttransparenz im Internet angeboten. Neben der bereits erhältlichen Bodenrichtwertauskunft, den ad hoc Marktberichten und den Liegenschaftszinssätzen soll unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben ein Zugriff auf die Automatisierte Kaufpreissammlung für bestimmte Nutzergruppen ermöglicht werden. Nach Beendigung der 1 ½ jährigen Erprobungsphase wurde GAA Online im Mai 2002 als erste behördliche Internetanwendung mit einem vollwertigen E-Payment-Verfahren ausgestattet und erzielt seitdem steigende Einnahmen.

Hauptziele des Vorhabens sind die Erhöhung der Markttransparenz für die am Grundstückmarkt handelnden natürlichen und juristischen Personen, die Entlastung der Ge-

schäftsstelle des Gutachterausschusses sowie die Vereinfachung der Verwaltungsvorgänge bei der Erhebung von Gebühren des Landes Berlins. Bereits jetzt decken die erzielten Einnahmen einen großen Teil der Kosten des Internetauftritts.

FIS-Broker, SenStadt

FIS-Broker ist Teil des Informationssystems Stadt und Umwelt. FIS steht für „Fachübergreifendes Informationssystem“, d.h. für das Ziel, die in einzelnen Fachanwendungen vorliegenden Daten der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung übergreifend nutzbar zu machen. Broker steht für einen Makler, der diese übergreifende Nutzung ermöglicht.

Die Datenbestände können aufgefunden, selektiert, visualisiert und miteinander in Beziehung gesetzt werden. Die Daten verbleiben im datenhaltenden System beim Datenanbieter; der Nutzer kann über eine einheitliche Oberfläche auf die unterschiedlichen Datenbestände zugreifen, ohne dass er Kenntnis von der jeweiligen Software besitzen muss. Das Verfahren wird seit 1999 kontinuierlich weiterentwickelt und läuft im Intra- und Internet im Wirkbetrieb.

Ziele des Vorhabens sind Serviceverbesserung, Geschäftsprozessoptimierung und Erschließung von Synergien durch Bereitstellung vorhandener geografischer und fachlicher Informationen im Netz und der Möglichkeit einer Weiterverarbeitung.

LIKA – Auskunft, SenStadt

Die LIKA Auskunft ist ein Auskunftssystem, in dem die aktuellen Daten des Liegenschaftskatasters (ALK seit 1998, ALB seit 2000) allen Dienstkräften der Berliner Verwaltung und externen Nutzern zur Verfügung gestellt werden. Die LIKA-Auskunft besteht aus einem Datenspeicher für ALK und ALB, universell nutzbaren Zugriffsmethoden und einer web-basierten Auskunftsoberfläche. Derzeitig sind ca. 1.000 interne und externe (OFD; ÖbVI, BSR, BVG) Nutzer registriert. Seit 2003 wird außerdem die Erstellung von amtlichen Auszügen aus dem Liegenschaftskataster über die LIKA – Auskunft in den Bezirksamtern online vorgenommen.

In 2004 wird die Möglichkeit geschaffen, die LIKA – Auskunft im Internet zu nutzen. In diesem Zusammenhang werden auch Funktionen zum Herunterladen der Daten in Standardformaten integriert.

Ziel der Maßnahme ist die umfassende Bereitstellung aktueller Informationen des Liegenschaftskatasters innerhalb und außerhalb der Verwaltung. Damit verbunden ist gleichzeitig die Optimierung verschiedener Geschäftsprozesse (u.a. Möglichkeit des direkten Zugriffs auf die Daten des Liegenschaftskatasters durch ÖbVI und Notare) sowie eine bessere und weiterreichende Vermarktung der Geodaten.

Berliner LiegenschaftsInformationsService (BLIS), SenStadt

BLIS ermöglicht gezielte Recherchen nach Liegenschaften in Geobasisdaten des Vermessungswesens und Daten anderer Fachbereiche. Durch die gleichzeitige verknüpfende Recherche in unterschiedlichen Fachdatenbeständen verschiedener Verwaltungen und entsprechende Auswertung der Anfragen erhält der Nutzer aktuelle, auf seine Anfrage zugeschnittene Informationen (Mehrwertschaffung).

Ziele des Vorhabens sind Serviceverbesserung, Geschäftsprozessoptimierung bei Datenanbietern und Kunden sowie eine Erhöhung des Wertschöpfungsfaktors im Bereich der liegenschaftsbezogenen Datenrecherchen.

Zur Zielgruppe von BLIS zählen insbesondere die Immobilienwirtschaft, Banken, Makler, Investoren, Ingenieur- und Planungsbüros. Der Zugriff auf die Geobasisdaten des Vermessungswesens erfolgt über die Serverdienste der LIKA-Auskunft. BLIS ist Pilotprojekt des Infrastrukturprojektes VeZuDa und bedient sich der im VeZuDa-Projekt bereitgestellten Infrastrukturdienste.

Derzeit wird ein Testbetrieb unter Beteiligung von SenStadt, SenInn, SenWiArbFrau, LAROV, IHK, IBB, WfB und dem Bund der öffentlich bestellten Vermessungsingenieure als Anwender des Verfahrens durchgeführt.

Baulückenmanagement, SenStadt

Das Baulückenmanagement stellt umfangreiche Informationen über innerstädtisches Bauland (Baulücken und Flächenpotentiale) im Internet zur Verfügung. Auf diese Weise wird Markttransparenz über den Bodenmarkt hergestellt. Gleichzeitig dient das Verfahren dem kommunalen Bodenmanagement. Das der Internetpräsentation zugrunde liegende elektronische Baulandkataster (Datenbank und Karte) dient in den Bezirken zum Bauland-Monitoring.

Ziel ist, die Wohn- und Gewerbeflächenentwicklung Berlins unter den gegenwärtigen Bedingungen reduzierter Fördermöglichkeiten auf stadtpolitisch wichtige Bereiche in der Innenstadt zu lenken. Baumaßnahmen im urbanen Umfeld sind für Investoren und Selbstnutzer von besonderem Interesse. In den bestehenden Quartieren der Innenstadt bietet sich die Chance, gemischte Projekte des Gewerbe- und Wohnungsbaues umzusetzen und dabei bereits vorhandene Infrastruktureinrichtungen nutzen zu können.

Unternehmer- und Lieferantenverzeichnis für Bauaufträge (ULV), SenStadt

Das Verfahren ermöglicht ULV-Auskünfte im Intranet und Internet für öffentliche Auftraggeber: Die Zugriffsberechtigung zur ULV-Auskunft wird bei SenStadt beantragt und erfolgt über Nutzerkennung und Kennwort.

Das System gewährleistet eine Serviceverbesserung durch ein aktuelles Informationsangebot für die Nutzer des ULV.

Digitalisiertes Wohnungswesen DiWo-Online), SenStadt

Das Angebot dient einer probeweisen Berechnung des Wohngelds im Internet und Intranet. Es steht sowohl den Bürgern im Internet wie auch den Beschäftigten in den Bürger- und Fachämtern zur überschlägigen Berechnung von Wohngeldansprüchen zur Verfügung.

Integriertes Wohnungswesen (InWo) und Integriertes Antragsbearbeitungssystem (INAS), SenStadt

Im Rahmen der Migration des Fachverfahrens Digitalisiertes Wohnungswesen (DiWo) zu einem Integrierten System (InWo) wird auch die Online-Wohngeldantragstellung über das Internet einschl. Kommunikation zwischen Bürger und Verwaltung über die INAS-Plattform und die Übernahme von Formulardaten in das Fachverfahren InWo ermöglicht.

Das System wird unter Beteiligung von drei Bezirken (Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick und Charlottenburg-Wilmersdorf) im Zeitraum März – Juni 2004 in der Praxis erprobt.

Ziele des Vorhabens sind Serviceverbesserung, Geschäftsprozessoptimierung sowie die Effizienzsteigerung von Verwaltungsabläufen.

Automatisiertes Mahnverfahren (AUMAV), SenJust / Amtsgericht Wedding (Zentrales Mahngericht)

Mit dem Verfahren "OptiMahn" wird dem Antragsteller / Prozessbevollmächtigten im Mahnverfahren für Einzelanträge im Internet ein interaktives Formular für den Antrag auf Erlass eines Mahnbescheides mit umfassenden Plausibilitätsprüfungen und Hilfefunktionen unentgeltlich zur Verfügung gestellt. Mit dem Verfahren "ProfiMahn" wird insbesondere "Großantragstellern", die über eine eigene Mahnsoftware verfügen (u.a. bisherige Antragsteller mit Diskette oder Bandkassetten), die gesamte Kommunikation mit dem Mahngericht in elektronischer Form über das Internet ermöglicht.

Ziele des Verfahrens sind die Erleichterung der Antragstellung auf Erlass eines Mahnbescheids über das Internet als Einstieg in den elektronischen Rechtsverkehr. Der vom Verfahren her bereits heute mögliche elektronisch signierte und verschlüsselte Versand des Antrags an das Mahngericht und die automatisierte Datenübernahme in das

Mahnverfahren wird erst mit zunehmender Verbreitung von Signaturkarten an Bedeutung gewinnen und dann Rationalisierungspotentiale entfalten.
Das Verfahren wurde im Rahmen des bestehenden Verwaltungsabkommens vom Land Berlin von der Freien und Hansestadt Bremen übernommen.

SolumSTAR, SenJust / Kammergericht

Das Verfahren bietet Online-Auskünfte aus dem elektronisch geführten Grundbuch auf Basis des maschinell geführten Grundbuchs vom eigenen PC für zugelassene Teilnehmer (Notare, Banken, Versicherungen, Versorgungsunternehmen, Wohnungsbau-gesellschaften, Behörden).

Ziele des Angebots sind Serviceverbesserung durch komfortableren Zugang zu den Grundbuchdaten und kürzere Bearbeitungszeiten sowie Effektivitätssteigerungen im Grundbuchamt durch Verringerung des Publikumsverkehrs und elektronische Auskunft über den Bearbeitungsstand.

Das Verfahren wurde innerhalb des Entwicklungsverbunds SolumSTAR, dem 13 Bundesländer angehören, entwickelt.

Business Location Center (BLC), SenWiArbFrau

Das System repräsentiert ein multimediales Informations- und Präsentationsangebot für Investoren mit allen investitions- und ansiedlungsrelevanten Daten über Berlin. Durch Weiterentwicklung der Datenstruktur mit neuen und zusätzlichen Angeboten, wie z.B. Integration des Angebotes der ehem. BAO, des Gewerbeflächen- und Telekommunikationsatlas, der Anbindung an das Berliner Intranet in 2004 und die Integration eines neuen 3D Stadtmodells in 2005 wird der Informationsgehalt für die Wirtschaft, insbesondere für Investoren aber auch für die gesamte Berliner Verwaltung deutlich erhöht. Die Bezirke werden verstärkt mit Angeboten vertreten sein (z.B. Hosting des Online-Service-Wirtschaft: Pankow).

Das BLC wird von der Wirtschaftsförderung Berlin International GmbH und durch Partnerschaftsbeiträge von 20 Unternehmen (PPP) zunächst bis 2005 finanziert.

Verbund öffentlicher Berliner Bibliotheken (VÖBB), SenWissForschKult

An dem IT-gestützten Ausleih- und Katalogisierungsverbund der Berliner Öffentlichen Bibliotheken nehmen die 12 Stadtbibliotheken der Berliner Bezirke mit ihren Stadtteilbibliotheken und 9 Fahrbibliotheken, die Stiftung Zentral- und Landesbibliothek Berlin/ZLB sowie vier Schulbibliotheken teil.

Ziel ist ein berlinweites Serviceangebot im Bibliotheksbereich durch

- Bereitstellung eines gemeinsamen Benutzerausweises
- elektronischen Nachweis und dezentralen Zugriff auf alle Medienbestände
- Recherche, Bestellung und Fristverlängerung via Internet

VHS-IT (Volkshochschul-Kursbuchung), SenBJS / BA Neukölln

Das Angebot ermöglicht den Zugang zu den Weiterbildungsangeboten der Berliner Volkshochschulen einschließlich der bezirksübergreifenden Buchungsmöglichkeit über das Internet. Ziele des Verfahrens sind Erhöhung der Kundenfreundlichkeit durch die berlinweite Buchungsmöglichkeit für alle Berliner Volkshochschulen, die schnellere und effektivere Abwicklung von Geschäftsprozessen in den Berliner Volkshochschulen sowie die bessere Vermarktung der Kursangebote der Berliner Volkshochschulen durch Kooperation mit anderen Einrichtungen (gesamte Bundesrepublik).

Elektronische Steuererklärung (ELSTER), OFD

Das System dient der Gewinnung und Bereitstellung von Daten des Besteuerungsverfahrens durch elektronische Übermittlung vom und zum Steuerpflichtigen und anderen. ELSTER ist eine gemeinsame Entwicklung der Steuerverwaltungen des Bundes und der Länder. Die Programmentwicklung haben die Länder Bayern, Nordrhein-Westfalen,

Hessen und Thüringen übernommen. Die Finanzierung des Projekts erfolgt durch Bund und Länder gemeinsam.

Das Projekt wurde in Berlin in 2000 begonnen. In 2004 wird die Übermittlung von Lohnsteuerbescheinigungsdaten durch den Arbeitgeber realisiert.

Das Projekt ELSTER steigert die Effizienz der Steuerverwaltung, da durch die elektronische Datengewinnung die manuelle Datenermittlung und -erfassung entfällt und Geschäftsprozesse optimiert werden. Darüber hinaus wird der Service für die Steuerpflichtigen und Steuerberater durch die elektronische Steuererklärung verbessert.

Formularservice, SenInn

Die Maßnahme umfasst die Bereitstellung sämtlicher digitalisierfähiger Einheits- und Fachformulare der Berliner Verwaltung im Intranet (für die Beschäftigten) und der relevanten Formulare im Internet (für die Bürger und Unternehmen) sowie als Dienstangebot für Anwendungsverfahren.

Der Projektstart erfolgte im Jahr 2002. Diese Lösung wird –vorerst für einen eingeschränkten Nutzerkreis- vom LIT im Intranet bereitgestellt und von SenStadt, SenInn, LEA, SenFin, SenGesSozV, SenWiArbFrau und BA Charlottenburg-Wilmersdorf sowie vom Startinformationssystem für Bürgerdienste getestet.

Ziele der Maßnahme sind Erhöhung der Servicequalität durch größere Bürgernähe sowie Geschäftsprozessoptimierung durch Digitalisierung der Formulare und deren Bereitstellung in einem landesweit einheitlichen Verfahren. Einsparungen entstehen durch Abbau und Vermeidung von Insellösungen.

Ausbau und Nutzung des Formularservice sollen in 2004 mit dem Ziel einer landesweiten Nutzung vorangetrieben werden.

Online-Zahlungsverkehr

Mit dem System wird ein allgemein nutzbarer Dienst für den Online-Zahlungsverkehr via Internet (E-Payment) zur verwaltungsweit einheitlichen Nutzung über das Stadtportal berlin.de geschaffen.

Die Bereitstellung des Online-Zahlungsverfahrens erfolgte zunächst im Zusammenhang mit dem Internet-Angebot des Gutachterausschusses (GAA-Online, gebührenpflichtiger Internet-Abwurf von Bodenrichtwert- und Grundstückskaufpreisinformationen etc.). Die Nutzung für das Verfahren VHS-IT wird geprüft.

Ziele des Dienstes sind Erhöhung der Servicequalität, größere Bürgernähe und Geschäftsprozessoptimierung.

Projekt Kassenkooperation

In einer vom Projekt Kassenkooperation veranlassten Organisationsuntersuchung in ausgewählten Kassenbereichen des Landes Berlin (Landeshauptkasse, Bezirkskassen, Justizkasse) wurde dargelegt, dass im Ergebnis dauerhafte Einsparungen in Höhe von bis zu 12,75 Mio. € p.a., insbesondere durch Personalkostensenkungen, bei einmaligem Aufwand von 6,4 Mio. € für die Umsetzung der vorgeschlagenen 62 Maßnahmen erzielbar sind.

Ein Schwerpunkt der Maßnahmen liegt für die Bezirkskassen bei der Umstellung des baren Zahlungsverkehrs auf Automatenbetrieb. Durch den Einsatz von Kassenautomaten, die die personell besetzte Barzahlungskasse weitgehend ersetzen soll, werden erhebliche Personaleinsparungen ermöglicht.

Nach Zustimmung des Hauptausschusses konnte nach einer europaweiten Ausschreibung der Firma Hess der Zuschlag erteilt und ein Vertrag über die Lieferung und Installation von Kassenautomaten einschließlich der Koordination der Automatenaufstellung und Anwendereinweisung mit einem Volumen von 1,8 Mio. € am 22.10.2003 geschlossen werden. Inzwischen wurden bereits fünf Kassenautomaten in den Bezirken Charlottenburg-Wilmersdorf sowie Steglitz-Zehlendorf erfolgreich installiert, die sich seit einigen Wochen im Alltagsbetrieb bewähren. Die Installation und Inbetriebnahme der verbleibenden 25 Kassenautomaten soll bis zum 01.09.2004 abgeschlossen sein.

An den jeweils etwa anderthalb Tonnen schweren, gepanzerten Ein- und Auszahlungsautomaten können die Bürger beispielsweise Gebühren für Personalausweise einzahlen oder sich Transferzahlungen wie Sozialhilfe auszahlen lassen. Die Automaten beherrschen dabei neben Deutsch auch Türkisch, Polnisch, Englisch und Französisch.

Der Einsatz der Automaten ermöglicht neben der Einsparung von Personalausgaben bürgerfreundliche Öffnungszeiten.

Geprüft wird derzeit, ob auch in Zahlstellen der Amtsgerichte künftig Kassenautomaten eingesetzt werden.

Voice-Auskunftsdienst, SenInn / BA Marzahn-Hellersdorf

Der telefonische Auskunftsdienst zur sprachgesteuerten, automatischen Auskunftserteilung zum Bearbeitungsstatus von Personaldokumenten ist bundesweit bislang einmalig. Der Dienst realisiert einen bürgerorientierten „Rund-um-die-Uhr-Service“ mit Zugriff auf ein Informationssystem der Bundesdruckerei. Die Pilotierung im Feldtest erfolgte vom 01.09.2003 bis zum 31.12.2003 im Bezirksamt Marzahn-Hellersdorf in Zusammenarbeit mit der Bundesdruckerei und einem Privatunternehmen.

Ziel ist die Erhöhung der Servicequalität bei gleichzeitiger Entlastung der Beschäftigten von Standardanfragen durch Einführung der in vielfältigen Anwendungsbereichen einsetzbaren Voice-Technologie. Nach einer ersten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung könnten verwaltungsweit jährlich mindestens 200.000 Anrufe automatisiert beantwortet werden. Die im Abschlußbericht zu dem Pilotprojekt vorgenommene Wirtschaftlichkeitsbetrachtung zeigt ein deutliches Einsparpotenzial auf.

Es wird z.Zt. geprüft, wie diese kundenfreundliche, entlastende und wirtschaftliche Lösung in 2004 verwaltungsweit eingesetzt werden kann. Die verwendete Voice-Service-Plattform ist zudem in einer Vielzahl anderen Anwendungsszenarien einsetzbar (z.B. Auskunfte zu Fahrerlaubnissen) und in Richtung eines „Voice-Portals“ entwicklungsfähig.

E-Learning, VAK

Das Projekt realisiert die Erweiterung des Fortbildungsangebotes der VAK um weitere technologiegestützte Formen der Qualifizierung (E-Learning) und die Erprobung integrierter Schulungskonzepte.

Die im Jahr 2003 durchgeführte Pilotmaßnahme umfasst die Seminarreihen "Zeitmanagement/Selbstorganisation" und "Stressbewältigung im Umgang mit (schwierigem) Klientel".

Ziel ist die Bereitstellung kostengünstiger und flexibler Qualifizierungsformen. Das Konsolidierungspotential ist nach Durchführung weiterer E-Learning-Projekte quantifizierbar.

Wunschkennzeichen-Online, LEA

Die Kundinnen und Kunden der Kraftfahrzeugzulassungsbehörde haben die Möglichkeit, online aus einem bereitgestellten Kennzeichenbestand ein Wunschkennzeichen auszuwählen und für 5 Tage unverbindlich zu reservieren.

Mit der Realisierung der Wunschkennzeichenreservierung ist es dem Landeseinwohneramt Berlin gelungen, für die Kundinnen und Kunden den neuen Vertriebsweg Internet mit einer ersten interaktiven Anwendung einzurichten. Neben den online Reservierungen sind auch die herkömmlichen Reservierungen weiterhin möglich.

Durch das Angebot konnten Personalressourcen freigesetzt werden, deren Umschichtung die Wartezeiten im Bereich des Kraftfahrzeugzulassungswesens reduziert haben.

Auskunft aus dem Melderegister, LEA

Das System ermöglicht die Erteilung von Auskünften aus dem Melderegister via Internet an registrierte externe Berechtigte.

Als erster Kunde nutzt derzeit die BVG testweise das System. Es soll ab April 2004 zur Nutzung freigegeben werden.

Ziel des Verfahrens ist, bislang schriftlich erteilte Auskünfte durch den Online-Zugriff zu vermeiden und damit Bearbeitungs- und Wartezeiten zu reduzieren. In einem zweiten Schritt ist intendiert, die Meldedaten an weiterverarbeitende IT-Systeme mittels einer standardisierten Schnittstelle zu übergeben.

Digitalisiertes Passarchiv, LEA

Das System dient zum Scannen und zur zentralen Ablage von Passanträgen. Mit dem System wird die elektronische Verfügbarkeit der Daten für die Strafverfolgungs- und Ordnungswidrigkeitsbehörden sowie für die bezirklichen Bürgerämter realisiert, wodurch Wegezeiten entfallen.

E-Teamwork, LIT

Das Dienstleistungsangebot des LIT unterstützt die behördenübergreifende Teamarbeit in der Berliner Verwaltung im Intranet und im Internet. Der Dienst stellt Funktionalität zur verschlüsselten Kommunikation, Diskussion, Dokumentenverwaltung, Terminplanung und Administration zur Verfügung.

Ziele des Dienstangebots sind Rationalisierung und Effektivierung der übergreifenden Zusammenarbeit einschl. externer Partner aus Wirtschaft und Verwaltung im Intranet/Internet. Der entgeltpflichtige Dienst wird vom LIT zentral betrieben und bereitgestellt. Die Betrachtung der Wirtschaftlichkeit ist durch den jeweiligen Dienstanwender vorzunehmen.

Derzeit wird der Dienst durch verschiedene Pilotanwender innerhalb der Berliner Verwaltung (z.B. Geschäftsstelle BASIS, AG IT-Sicherheit, SenGesSozV, Projektgruppen bei SenInn und LIT) genutzt.

Online-Platzreservierung, Abgeordnetenhaus

Das System realisiert Online-Platzreservierungen für Ausschuss- und Plenarsitzungen des Abgeordnetenhauses.

Das Angebot erlaubt interessierten Bürgerinnen und Bürgern, für die öffentlichen Sitzungen der Ausschüsse und des Plenums Plätze via Internet zu buchen.

Elektronischer Abodienst, Abgeordnetenhaus

Der Abodienst für „Kleine Anfragen“, „Nichtbehandelte Mündliche Anfragen“ und Landespressedienst ermöglicht die zeitnahe elektronische Information.

Das Angebot liefert registrierten Benutzern die entsprechenden Informationen automatisch per E-Mail.

4.1.2 geplante Verfahren

Grünflächen-Informationssystem (GRIS) Berlin, SenStadt / bezirkliche Gartenämter

Die auf Bezirksebene vorhandenen alphanumerischen und geografischen Daten zum Grünflächenbestand werden in digitaler Form zu einem Gesamtberliner Datenbestand aggregiert. Diese Daten sind Grundlage für weiterführende Planungen und Konzepte sowie zur allgemeinen Information über das Berliner Stadtgrün.

Über die Intranetauskunft des GRIS Berlin werden den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Berliner "Grünverwaltung" notwendige Fach- und verfahrensspezifische Informationen bereitgestellt.

Die Internetauskunft des GRIS Berlin (Internetauftritt "Stadtgrün") dient der umfassenden Information der Öffentlichkeit über Grünanlagen, Spielplätze, Bäume, Friedhöfe und Kleingärten in Berlin, gibt Hinweise zu einschlägigen Gesetzen sowie zu Ansprechpartnern in der Berliner Verwaltung, stellt Bestandspläne des Grünflächenbestandes bereit und beschreibt auch die wechselvolle Geschichte der Entwicklung des Stadtgrüns in Berlin.

Ziel des Systems ist es einerseits, eine effektive und wirtschaftliche Form der kommunalen Verwaltungs-, Steuerungs- und Pflegeprozesse zum Berliner Stadtgrün zu unterstützen. Andererseits soll eine bürgernahe Informationsbereitstellung zum Berliner Stadtgrün realisiert werden. Darüber hinaus werden durch die elektronische Datenbereitstellung (insbesondere digitale Karten) für andere Fachverfahren erhebliche Synergien erzielt. Durch die vorgesehene Umstellung des Verfahrens auf Webtechnologien werden erhebliche Aufwände und Kosten bei Administration und Betrieb des Verfahrens sowie durch die Bereitstellung der Informationen im Intra- und Internet erreicht. Das Gesamtsystem ist in Teilen bereits eingeführt und soll bis 2004/05 insgesamt in Betrieb genommen werden.

Liegenschaftsfonds-Auskunft- und Stellungnahmeverfahren (LAUS), SenStadt

LAUS ermöglicht die elektronische Abwicklung des durch die Geschäftsordnung des Liegenschaftsfonds (LF) geregelten förmlichen Stellungnahmeverfahrens innerhalb der SenStadt. In das Verfahren sind derzeit acht Abteilungen bzw. nachgeordnete Behörden und der Liegenschaftsfond als externer Datenlieferant eingebunden.

Durch LAUS werden der Informationsfluss und die Zusammenführung der Stellungnahmen deutlich effektiviert. Zugleich wird mit der Schaffung von Informationstransparenz die Abstimmung der Stellungnehmer untereinander wesentlich vereinfacht. Das Verfahren ist als Webanwendung konzipiert. Durch die modulare Integration des FIS-Broker als Auskunftssystem für raumbezogene Informationen (Lagepläne, Fachkarten) innerhalb der Anwendung werden in hohem Maße Kosten für die erforderliche Distribution und Visualisierung von Geodaten vermieden.

Das Verfahren ist geeignet, für denselben Zweck in den Bezirks- und anderen involvierten Senatsverwaltungen (SenFin, SenWiArbFrau) eingesetzt oder für vergleichbare Zwecke ohne erheblichen Aufwand adaptiert zu werden.

Der Betrieb des Verfahrens ist im April 2004 aufgenommen worden.

Flächennutzungsplanänderungen / FNP-Bürgerbeteiligung, SenStadt

Das FNP-Änderungsverfahren soll möglichst durchgängig über alle Verfahrensschritte und Verwaltungsvorgänge durch eine Fachanwendung unterstützt und die Beteiligung der Planungsträger sowie der Bürger interaktiv über Intra- bzw. Internet abgewickelt werden.

Ziel ist, bei FNP-Änderungsverfahren die Verwaltungsvorgänge zu effektivieren und die Mitarbeiter bei der Bearbeitung der Verfahren hinsichtlich Erfassung, Aufbereitung und Informationsrecherche wirksam zu unterstützen und damit Änderungsverfahren zu beschleunigen.

Das Projekt soll in 2005 gestartet und in 2006 beendet werden.

Automatisierung der Register (AUREG), SenJust / Amtsgericht Charlottenburg

Das Verfahren realisiert die elektronische Führung und Online-Beauskunftung des Handels-, Genossenschafts-, Partnerschafts- und Vereinsregisters. Der Ausbau im Sinne eines vollelektronischen Rechtsverkehrs (elektronische Antragstellung und Aktenführung sowie Ausweitung der Inhalte der Online-Auskunft) ist nach EU-Recht bis 2007 vorgeschrieben.

Ziele des Verfahrens sind Serviceverbesserung durch kürzere Bearbeitungszeiten und Online-Einsicht ohne Akte sowie Entlastung der Gerichte durch Verringerung des Publikumsaufkommens.

AUREG ist ein Gemeinschaftsprojekt der Länder Berlin, Brandenburg und Schleswig-Holstein, an dem sich weitere Länder beteiligen können.

Mit der Eröffnung des Online-Abrufverfahrens im Berliner Registergericht (Amtsgericht Charlottenburg) ist voraussichtlich im 4. Quartal 2004 zu rechnen.

Kfz-Zulassung (Händlermodul), LEA

Kfz-Händlern und/oder Zulassungsdiensten soll ermöglicht werden, die Fahrzeugzulassungen ihrer Kunden online vorzubereiten. Hierzu ist die Bereitstellung von Teilen

der Fachanwendung Kraftfahrzeugzulassungswesen über ein Internetportal erforderlich.

Ziele des Vorhabens sind Serviceverbesserung und Geschäftsprozessoptimierung durch Verlagerung der Antragsvorbereitung auf Kfz-Händler und Zulassungsdienste sowie durch Datenübermittlung zu Dienstleistungen der Bürgerämter aus dem Bereich des Zulassungsverfahrens (Namens- u. Anschriftenänderungen, Stilllegungen, Löschungen). Darüber hinaus soll das System als Auskunftsmedium für die Polizei bereitgestellt werden.

Die veränderten Verarbeitungsschritte führen zu einem effizienteren Verwaltungshandeln. Die entsprechenden Einsparpotenziale werden in einzelnen Projektphasen quantifiziert.

Das in Kooperation mit dem Kraftfahrtbundesamt im Februar 2004 gestartete Projekt wird voraussichtlich im Juni 2005 abgeschlossen sein.

Gewerbedatenbank Online, SenWiArbFrau

Die Erstattung von Gewerbeanzeigen (An-, Um- und Abmeldung von Gewerben) sollen für Bürger und Unternehmen im Internet ermöglicht werden. Weiterhin soll eine medienbruchfreie Übertragung der Anzeigedaten an die Berliner Wirtschaftsämter erfolgen.

Ziele und Potenziale des Systems sind Zeiteinsparung und Qualitätssteigerung für Bürger und Unternehmen, Optimierung der internen Prozesse sowie die Schaffung von Synergien durch Einbindung des Angebots in andere Portale (B2B Berlin/Brandenburg, IHK 24).

Das Verfahren befindet sich derzeit beim LIT im Testbetrieb. Mit einer produktiven Umsetzung ist im Oktober 2004 zu rechnen.

Sondernutzungsgenehmigung (SNG) Online, SenWiArbFrau

Das Projekt verfolgt die Schaffung einer benutzerfreundlichen Online-Lösung zur Beantragung, Bearbeitung und Erteilung von Genehmigungen zur technischen und nicht-technischen Sondernutzung von Straßenland. Dies betrifft grundsätzlich jede den normalen Gebrauch (Gemeingebrauch) überschreitende Benutzung einer öffentlichen Straße.

Die Entwicklung des Internetangebots für die Sondernutzungsgenehmigung wurde zunächst zurückgestellt, da z.Zt. zahlreiche Verordnungen überarbeitet und hinsichtlich der Meldetatbestände vereinfacht werden. Die Entwicklung eines Onlineangebots macht erst Sinn, wenn die novellierte Regelung aktuell vorliegt. Der bisherige private Entwicklungspartner hat sich zudem aus Berlin zurückgezogen, so dass auch nach einer neuen Kooperation gesucht werden muss.

KiTa-Online, SenBJS

Das Vorhaben umfasst die elektronische Antragstellung (KiTa – Online Antragsabwicklung), die Online-Platzvergabe durch den Träger (KiTa – Kommunikation mit dem Träger) sowie die Vermittlung von freien Plätzen über eine Online-Plattform (KiTa-Platzbörse).

Berlin-Telefon, SenInn / LIT

Ziel des Projekts ist die Einrichtung einer Call-Center-Struktur für die Berliner Verwaltung mit verwaltungsweiter zentraler Telefoneinwahl, Telefonvermittlung und qualifizierter Telefonauskunft (1. Level). Die Einrichtung und Anbindung dezentraler, ergänzender Call-Center (2. Level) geschieht zunächst in den Pilotbereichen LEA, BA Steglitz-Zehlendorf und ggf. einem weiteren Bezirk. Die Call-Center-Struktur (1. und 2. Level) nutzt die Datenbasis des Start-Informationssystems für Bürgerdienste sowie den zentralen Formularservice.

Entsprechend der Umsetzung des Abgeordnetenhausbeschlusses vom 31.10.2002 (Drs. 15/778) zielt das Vorhaben auf Erhöhung der Servicequalität, größere Bürgernä-

he und Geschäftsprozessoptimierung. Nach einer bereits durchgeführten Wirtschaftlichkeitsbetrachtung ist der „Return On Investment“ (ROI) nach 4 Jahren erreicht. Nach Zuschlagserteilung soll das Pilotprojekt im April 2004 gestartet werden. Die Aufnahme des Wirkbetriebs in den Pilotbereichen soll im 3. Quartal 2004 erfolgen.

E-Procurement, SenInn, LIT

Ziel des Vorhabens ist die Bereitstellung eines landeseinheitlichen Dienstes zur Unterstützung von Bestell- und Vergabeprozessen in Zusammenarbeit mit dem Ministerium des Inneren des Landes Brandenburg. Der Dienst soll sowohl Prozesse der elektronischen Vergabe als auch der elektronischen Beschaffung unterstützen. Darüber hinaus wird eine gemeinsame Veröffentlichungsplattform der Länder Berlin und Brandenburg im Internet angestrebt.

Die im Rahmen der Voruntersuchung durchgeführte Wirtschaftlichkeitsbetrachtung für den Bereich elektronische Beschaffung hat ergeben, dass durch sukzessive Bündelung der Beschaffungsprozesse erhebliches Konsolidierungspotential erschlossen werden kann.

Senatsinformations- und Dokumentationssystem (SIDok), SKZl / SenInn

Die Senatskanzlei und die Senatsverwaltung für Inneres führen ein gemeinsames Projekt mit dem Ziel durch, ein elektronisch gestütztes „Senatsinformations- und Dokumentationssystem“ einzuführen, welches die Erfassung und Dokumentation sämtlicher Senatsvorlagen einschließlich der entsprechenden Vor- und Nachbereitungen der Senatssitzungen umfasst. Weiterhin wird angestrebt, einen „standardisierten Sitzungsdienst“ für die Berliner Verwaltung zu entwickeln, mit dessen Hilfe die Besprechungen mit technischer Unterstützung vor- und nachbereitet werden können.

Eine Projekterkundungs- und Voruntersuchungsphase zum Vorhaben wird Ende Mai 2004 abgeschlossen sein. Danach wird im Rahmen der Erstellung eines Fachkonzepts als grobes Soll-Konzept die Beschreibung eines Pilotsystems mit dem Ziel vorbereitet, bis spätestens Mai 2005 ein noch auszuwählendes System im Pilotbetrieb implementiert zu haben, um dieses im Anschluss ausreichend testen zu können.

E-Appointment, SenInn / SKZl

Ziel des Projekts ist die Realisierung eines webbasierten Terminplanungssystems, welches auf der Plattform berlin.de zur Nutzung für alle Verwaltungen bereitgehalten wird. Dem Verwaltungskunden wird damit die Buchung eines verbindlichen Termins über das Internet ermöglicht.

Ein entsprechendes Konzept wird derzeit unter Beteiligung des Landeseinwohneramts sowie der BÄ Neukölln, Lichtenberg und Marzahn-Hellersdorf erarbeitet.

Fundsachen im Netz (FuN), BA Tempelhof-Schöneberg

Ziel ist die Bereitstellung einer Software zur Verwaltung von Fundsachen unter Beteiligung des Zentralen Fundbüros, der Bezirksämter Tempelhof-Schöneberg, Charlottenburg-Wilmersdorf, Pankow und Treptow-Köpenick. Schwerpunkt ist die Suche verlorener Gegenstände der Bürger im Internet sowie die vernetzte Verwaltung von Fundsachen durch die Bürgerämter und weitere interner (z.B. Polizei) und externer Partner (z.B. BVG).

Ein Sollprozess für die Berliner Bürgerämter und das Zentrale Fundbüro zur Erstellung der Produkte „Dezentraler Bürgerservice in Fundangelegenheiten“ und „Fundangelegenheiten“ wurde erarbeitet.

Im nächsten Schritt soll unter Federführung des Bezirksamts Tempelhof-Schöneberg eine entsprechende Softwareunterstützung ausgeschrieben werden.

Ziel ist die Senkung von Bearbeitungszeiten und Vordruckkosten, die Optimierung von Geschäftsprozessen sowie die Erhöhung der Rückgabequote mit resultierender Gebühreneinnahme. Nach einer Wirtschaftlichkeitsbetrachtung übersteigen die jährlichen Entlastungen die jährlichen Kosten.

BASIS-Infodienst, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg (Basis-Geschäftsstelle)

Das Projekt verfolgt die Aktualisierung des BASIS-Informationsdienstes für die rd. 3000 Basis-Anwender und Anwenderinnen in der Berliner Verwaltung. Die Maßnahme soll in 2004 durchgeführt werden.

Ziele sind die Vereinfachung der Pflege und Wartung zur Steigerung von Aktualität, Qualität und Umfang der Informationen, Verbesserung des Informationsaustausches untereinander sowie Erhöhung der Qualität der Wissensvermittlung in BASIS und damit der Anwendung insgesamt.

E-Learning für BASIS-Multiplikatorinnen/Multiplikatoren (eLBA) / Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg

Mit Hilfe des Dienstes e-Teamwork des LIT soll den BASIS-Multiplikatorinnen und –Multiplikatoren in 2004 bezirksübergreifend eine E-Learning-Plattform zur Verfügung gestellt werden.

Ziele sind Effektivitäts- und Effizienzsteigerung bei Qualifizierungsmaßnahmen im Verfahren BASIS.

Barrierefreies PROSOZ, Bezirksamt Tempelhof-Schöneberg (Basis-Geschäftsstelle)

Das Programm PROSOZ wird im Hinblick auf Barrierefreiheit in Kooperation mit dem Blindenverein von Berlin und dem PROSOZ Institut Hertel GmbH überarbeitet.

Ziel ist es, die Anwendung für sehbehinderte und/oder blinde Mitarbeiter/innen bis 2005 zu ermöglichen.

Abgeordneten-Dokumenten-System (ADOS), Abgeordnetenhaus

Mit Hilfe des Systems sollen Vorgänge, Einladungen und Protokolle der Ausschüsse mit Links auf die jeweiligen Drucksachen im Internet bereitgestellt werden.

Ziel des Angebots ist die Verbesserung des Services für Abgeordnete und interessierte Bürger durch direkten Zugriff über die Tagesordnungen der Ausschüsse auf die entsprechenden Drucksachen.

Das Angebot wird in 2004 schrittweise realisiert.

4.2 Ausbau von zielgruppenorientierten Portalen und Vertriebs- bzw. Zugangswegen

berlin.de

Das Internetportal des Landes „berlin.de“ hat sich beständig weiterentwickelt. Allein für die Adresse www.berlin.de wurden für Februar 2004 mehr als 12 Mio. Seitenabrufe gezählt. Damit ist „berlin.de“ nach wie vor das mit Abstand größte Internetportal einer Kommune bzw. eines Bundeslandes in Deutschland. Gemeinsam mit dem Partner-Portal „BerlinOnline“ wurden laut IVW sogar knapp 22 Mio. Seitenabrufe erreicht.

Durch neue Inhalte verschiedener Landeseinrichtungen konnte die Qualität des Angebots weiter verbessert werden. Im Verantwortungsbereich der zentralen Landesredaktion von „berlin.de“ bei der Senatskanzlei waren dies vor allem das Bürgerportal „bürgeraktiv Berlin“ (www.berlin.de/buergeraktiv), ein interaktiver Veranstaltungskalender der Bezirke (<http://www.berlin.de/baevents>), das Angebot zum Download hochwertiger Berlin-Bilder (www.berlin.de/RBmSKzl/berlin_images) zur kostenlosen Weiterverwendung, der Themenindex (www.berlin.de/themensuche) und die Umstellung des Angebots auf Barrierefreiheit.

Im März dieses Jahres erfolgte auf „berlin.de“ mit Unterstützung von Infratest dimap eine umfangreiche Onlineabfrage zu den Erwartungen und zu den Bewertungen des Angebots durch die Nutzer (Pro-Bono-Studie). Zum Redaktionsschluss dieses Berichts dauerte die Umfrage noch an. Die Ergebnisse werden in die weitere Gestaltung des Angebots mit einbezogen (www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2004/03/19/19294). Geplant sind für dieses Jahr insbesondere eine Überarbeitung der Homepage und des Style-Guides sowie eine Ausweitung der aktuellen politischen Informationsangebote

einschließlich der Aufnahme dialogorientierter Kommunikations- und Partizipationsmöglichkeiten im Rahmen des Bürgerportals „bürgeraktiv Berlin“.

Themenindex

Anfang März dieses Jahres wurde die Navigation von „berlin.de“ auf einen neuen Themenindex umgestellt, der die inhaltlichen Angebote der beiden Portale „berlin.de“ und „BerlinOnline“ integriert und miteinander vernetzt (www.berlin.de/themensuche). Er bietet damit über die reinen Verwaltungsinhalte hinaus umfassende Informationen zu einer Vielzahl von Lebenslagen, die dem Nutzer in 18 Hauptthemen und ca. 300 Unterthemen präsentiert werden.

Bezirklicher Veranstaltungskalender

Anfang November 2003 wurde auf berlin.de ein bezirklicher Veranstaltungskalender freigeschaltet (www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2003/11/13/16535). Ergänzend zum berlinweiten Veranstaltungskalender (www.berlin.de/eventkalender) bietet er eine Plattform für die Veranstaltungen der Bezirke. Eine Verlinkung zwischen beiden Kalendern ist gegeben.

Der Veranstaltungskalender wurde unter Mitwirkung der Bezirksverwaltungen konzipiert. Bisher beteiligen sich acht der zwölf Berliner Bezirksämter an der Bereitstellung der Veranstaltungsangebote.

Im Zuge der Eröffnung des Bürgerportals „bürgeraktiv Berlin“ wurde der Kalender auch für die Einstellung nichtkommerzieller Veranstaltungen durch die bei „bürgeraktiv Berlin“ registrierten Vereine und Initiativen geöffnet.

MOEPlus - die Berlin/Brandenburger Informationsbörse zu Mittel- und Osteuropa sowie der GUS

Das Europareferat der Senatskanzlei hat im März 2003 auf berlin.de eine Informations- und Kommunikationsplattform für Ost-West-Akteure in der Region Berlin-Brandenburg freigeschaltet (www.berlin.de/landespressestelle/archiv/2003/02/20/10913). Ziel ist die Förderung der Zusammenarbeit mit mittel- und osteuropäischen Staaten. MOEplus bietet einen Überblick über die verschiedensten Aktivitäten aus unterschiedlichen Fachbereichen, die Vermittlung von Ansprechpartnern sowie das Angebot einer Kooperationsbörse. Zusätzlich enthalten sind Linksammlungen zu den beteiligten Ländern sowie weitere Hintergrundinformationen zur EU-Erweiterung (www.berlin.de/moeplus). Im Februar 2004 gab es 1.454 Zugriffe auf die Startseite von MOEplus.

Bürgerportal „bürgeraktiv Berlin“

Als offizielles Angebot des Landes Berlin wurde am 4. Dezember 2003 durch den Regierenden Bürgermeister das Bürgerportal „bürgeraktiv Berlin“ gestartet. Es ist ein PPP-Projekt zwischen dem Verein berlinpolis (www.berlinpolis.de) und der Senatskanzlei und wird durch verschiedene Sponsoren unterstützt.

„bürgeraktiv Berlin“ bietet ein zivilgesellschaftliches und bürgernahes Informations- und Service-Angebot für Berliner Bürger, Vereine, Organisationen und Gruppen. Es ist ein Forum für bürgerschaftliches Engagement und die politische Meinungsbildung.

Inzwischen sind bereits rund 400 Vereine, Stiftungen und Initiativen bei "bürgeraktiv Berlin" registriert. Noch in der ersten Jahreshälfte 2004 werden die ersten Online-Foren eröffnet, in denen Bürgerinnen und Bürger über aktuelle politische Fragen diskutieren können. Die Einbindung weiterer Inhaltsbereiche wie das Quartiersmanagement sowie die redaktionelle Berichterstattung über Themen des bürgerschaftlichen Engagements und aktive Bürger in Berlin werden laufend ausgebaut.

„beeport“

Bei „beeport“ handelt es sich um ein Portal der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz, das in Ergänzung zu „bürgeraktiv berlin“ die administrative Seite des bürgerschaftlichen Engagements darstellt und tagesaktuelle Informationen zu diesem Thema liefert. Es werden sowohl die Akteure innerhalb der Berliner Verwaltung kurz dargestellt, als auch die wichtigsten Non-Government-Organisations (NGO), die in dem Bereich tätig sind (z.B. Treffpunkt Hilfsbereitschaft, SEKIS). Weiter-

hin wird interessierten Bürgern sowie der Fachöffentlichkeit ein Bereich für aktuelle Nachrichten und Veranstaltungen geboten. „beeport“ kooperiert intensiv mit dem Portal „bürgeraktiv berlin“.

Bebauungs- und Flächennutzungsplanung

Für eine aktive Bürgerbeteiligung kann auch das vorbildliche Angebot der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung als Maßstab dienen. Hierbei werden im Rahmen der Bebauungs- und Flächennutzungsplanung parallel zur öffentlichen Auslegung von Plan und Begründung und ggf. weiteren Unterlagen diese auch im Internet zur Verfügung gestellt. Die Planungsträger und Bürgerinnen und Bürger erhalten so die Möglichkeit, sich online direkt zur künftigen Planung zu äußern.

Zur Planung der Umgestaltung des Alexanderplatzes wurde in 2003 die Öffentlichkeit ergänzend interaktiv in den Planungsprozess einbezogen. Die Ergebnisse wurden in den freiraumplanerischen Wettbewerb einbezogen.

Verbraucherwegweiser

Für den Verbraucher wurde seitens der Senatsverwaltung für Gesundheit, Soziales und Verbraucherschutz im September 2003 ein internetbasiertes Auskunftssystem über Informations- und Beratungsangebote im Land Berlin zur Verfügung gestellt, welches in einer weiteren Ausbaustufe um ein fachliches Auskunftssystem (Expertendatenbank) mit E-Mail-Zugang erweitert wird.

Unternehmensorientiertes Dienstleistungsportal

In die Entwicklung und Bereitstellung von wirtschaftsorientierten Verwaltungsdiensten wurden die Bezirke einbezogen. Die bisherigen Studien haben gezeigt, dass die Mehrzahl der Fachkontakte auf kommunaler Ebene stattfindet. Daher werden in einzelnen Verwaltungsbereichen (Wirtschaft, Wirtschaftsförderung, Liegenschaften, Planen und Genehmigen im Baubereich, Umwelt und Natur) die Potenziale der Fachverfahren hinsichtlich einer E-Government-Umsetzung erhoben und Handlungsempfehlungen abgeleitet. Diese Analyse läuft in zwei Modellbezirken (BA Tempelhof-Schöneberg und Lichtenberg) im Zeitraum 11.2003 bis 06.2004. Auf der Basis des Produktkatalogs lassen sich die wesentlichen Anwendungen identifizieren.

Diese Anwendungen werden Bestandteil eines Wirtschaftsportals sein, das bei berlin.de eingerichtet wird. Hierzu laufen die Verhandlungen mit einem strategischen Investor, der Installation und Betrieb sicherstellen will. Das Portal soll den zentralen Zugang für die Wirtschaft an alle Behörden und Einrichtungen bieten. Es wird die notwendigen Informationen aus den Bezirken bündeln und die durchgängige Abwicklung von Fachanwendungen anbieten.

Zielsetzung „barrierefreier Zugang zur Verwaltung“

Bei der Nutzung der neuen Medien muss eine Bevorzugung oder Benachteiligung einzelner Bevölkerungsgruppen vermieden werden. Daher werden auch die „herkömmlichen“ Zugangs- bzw. Vertriebswege der Verwaltung weiter optimiert (Bürgerämter). Der telefonische Zugang zur Berliner Verwaltung wird durch die Realisierung des Projekts Berlin-Telefon/Call-Center verbessert. Auch der Voice-Auskunftsdienst (Pilotprojekt Marzahn-Hellersdorf) trägt zu einem barrierefreien Zugang bei.

Die Berliner Landesverwaltung ist verpflichtet, für behinderte Menschen diskriminierungsfreie Zugänge zu ihren IT-Angeboten bereit zu stellen. Grundlagen sind Art. 11 der Verfassung von Berlin (VvB) und das Landesgleichstellungsgesetz (LGBG). Behinderte und nicht-behinderte Menschen sollen öffentliche Einrichtungen und Angebote in gleicher Weise nutzen können.

Auf Grundlage der in der BITV und den Accessibility Guidelines normierten Gestaltungsregeln erfolgt seit Sommer 2003 eine kontinuierliche Überarbeitung des Berliner Internet-Auftritts berlin.de. Die fachliche Beratung und die Durchführung der Schulungen erfolgt durch die vom Bundesministerium für Gesundheit und soziale Sicherung

geförderte Initiative „BIK – barrierefrei informieren und kommunizieren im Internet“ (www.bik-online.info) und unter Einbindung des Landesbeauftragten für Behinderte.

Bürgerbüros

Die Bürgerbüros der Stadt sind ein wichtiger Ort für den Einsatz von E-Government - Anwendungen. Der Ausstattung der Bürgerämter mit Informationstechnik kommt besondere Bedeutung zu.

Alle ca. 700 Bürgerberater-Arbeitsplätze sind mit vernetzten Bildschirmarbeitsplätzen ausgestattet. Neben dem Start-Informationssystem sind hier die Zugänge zum EWW-Verfahren und zum Formularservice realisiert. Einige Bezirke (Treptow-Köpenick, Spandau, Friedrichshain-Kreuzberg) setzen Zahlungssysteme mit Buchungsschnittstelle zu ProFiskal ein. In vielen Bezirken befinden sich Multi-Funktions-Terminals mit E-Cash und noch manueller Buchhaltung im Einsatz.

Im Intranet steht den Beschäftigten DIWO-Online zur überschlägigen Berechnung von Wohngeldansprüchen zur Verfügung. Darüber hinaus wird derzeit die Online-Wohngeldantragstellung in den Bezirken Friedrichshain-Kreuzberg, Treptow-Köpenick und Charlottenburg-Wilmersdorf pilotiert.

Im Bezirk Marzahn-Hellersdorf wurde die Bereitstellung des Verfahrens eDINFO der Bundesdruckerei zur Verfolgung von Pass- und Ausweisanträgen erfolgreich erprobt (s.o.). Das System soll in 2004 flächendeckend verfügbar gemacht werden.

Insgesamt verfolgt E-Government damit auch das Ziel, durch die Öffnung und Verbreiterung der elektronischen Zugangswege Telefon (Call-Center, VOICE-Dienste) und Internet (Verwaltungsführer, InfoSystem) die Beschäftigten zunehmend von Informations- und Interaktionsdiensten und durch Einbindung von Fachverfahren von Transaktionsdiensten zu entlasten.

Die Potenziale von E-Government-Anwendungen werden in einigen Bürgerämtern bereits deutlich aufgezeigt. Insgesamt kann der IT-Einsatz in diesem Bereich noch deutlich verbessert werden.

Mobile Bürgerdienste

Ziel des Projekts Mobile Bürgerdienste („MoBüD“) ist es, ein mobiles Bürgeramt zu entwerfen, zu realisieren, in Betrieb zu nehmen und im Rahmen von Nutzertests zu bewerten.

Das mobile Informationssystem soll - wie stationäre Angebote in den Bürgerämtern - andere Verwaltungsverfahren integrieren und über eine einheitliche Oberfläche bedienen. Das Verfahren ist so offen zu gestalten, dass Ergänzungen und Änderungen möglichst problemlos eingearbeitet werden können. Die organisatorischen und rechtlichen Grundlagen für die Einführung mobiler Lösungen sollen exemplarisch entwickelt werden. Die Architektur der angestrebten Lösung und die Realisierung der Plattform können auf andere Einsatzgebiete übertragen werden und bieten ein großes Potenzial weit über den Bereich der Bürgerdienste hinaus.

Das Projekt wurde 2003 als innovatives Verwaltungsprojekt ausgezeichnet.

Die Finanzierung für das Projekt „MoBüD“ wird über das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit abgesichert. „MoBüD“ ist ein Verbundprojekt und wird durch die Senatsverwaltung für Inneres gemeinsam mit einem Firmenkonsortium realisiert. Die Gesamtfördersumme beträgt 2.640.000 € für alle Partner, davon 763.000 € für die Senatsverwaltung für Inneres und die Bezirke Pankow und Spandau.

Mehrere Tests der technischen Einrichtungen zur Nutzung des mobilen Systems sind an zwei Standorten in den Bezirken Pankow und Spandau bereits erfolgt. Im Feldtest wird ein „Bürgerberatungs-Koffer“ eingesetzt, mit dem mobile Bürgeramts-Dienstleistungen durchgeführt werden können. Der Koffer enthält alle dafür wichtigen Komponenten (Notebook, Drucker, Netzzugang, etc.) in ergonomisch sinnvoller Anordnung.

Die mobile Nutzung des bereits in den stationären Bürgerämtern etablierten Infosystems soll helfen, den Beschäftigten für ihre Beratungstätigkeit umfassende fachliche und allgemeine Informationen über die Dienstleistungen der Bürgerämter auf einfache

Weise anzuzeigen und zu verarbeiten. Der ebenso eingerichtete sichere mobile Datentransfer zum EWW Berlin ermöglicht es, fast das gesamte Dienstleistungsportfolio eines stationären Bürgeramtes auch mobil anzubieten.

Sofern die technische und rechtliche Machbarkeit des Probetriebs erfolgreich nachgewiesen werden kann, wird es möglich sein, zukünftig an verschiedenen Orten Bürgeramts-Dienstleistungen anzubieten, ohne vorher Investitionen in Ausstattung, bzw. Raummiete vornehmen zu müssen. Dazu werden bereits vorhandene öffentliche Gebäude temporär für die Durchführung von Bürgeramts-Dienstleistungen genutzt oder auch Kooperationsverträge mit externen Partnern abgeschlossen. Dies kann stationäre Bürgerämter entlasten und Einsparpotentiale generieren. Eine Wirtschaftlichkeits- und Potentialanalyse ist Bestandteil der Projektdurchführung.

Als weitere Anwendungsbereiche des Produkts, bzw. der entwickelten Dienstleistung, „Sicherer drahtloser Datentransfer ins Berliner Landesnetz“, wären Nutzungen im Bereich der Ordnungsaufgaben, Geoinformation, Bau, Gewerbe und Umwelt möglich.

Die Gesamtlaufzeit des Projektes endet am 30.9.2004.

4.3 Weiterentwicklung der informationstechnischen Infrastruktur für das E-Government

Die gemeinsame informationstechnische Infrastruktur für das E-Government wird kontinuierlich aufgebaut. Dazu gehören insbesondere die verschiedenen Portale und Zugangswege, die Einführung einer Plattform zur Bereitstellung einheitlicher Dienste wie Formularservice, elektronische Zahlungsverfahren, elektronische Signatur und Verschlüsselung.

Dienste-Plattform

Die unterschiedlichen Querschnittsdienste des E-Government (s. o.) müssen administriert und dazu mit weiteren Diensten zusammengeführt werden. Besondere Anforderungen ergeben sich, wenn bei den jeweiligen Arbeitsprozessen mehrere Anwendungen und unterschiedliche Datenbestände einbezogen werden müssen. Mit der Einführung einer Dienste-Architektur und -plattform werden dazu die Voraussetzungen geschaffen.

Damit ist es auch möglich, dass verschiedene Vertriebswege, wie persönlicher Kontakt (Informationssystem für Bürgerämter), Kontakt über das Internet und telefonischer Kontakt (Call-Center) auf die gleichen Daten zugreifen. Die verschiedenen Geschäftslogiken der Vertriebswege erfordern aber eine vollständig unabhängige Verknüpfung und damit eine unterschiedliche Sicht - entsprechend der zu erfüllenden Aufgabe - auf die gleichen Daten.

In einer im Oktober 2003 gestarteten, sechsmonatigen Erprobungsphase mit internen und externen Nutzern wird der Wirkbetrieb einer solchen Plattform vorbereitet. Hierzu wurde die Anwendung Berliner LiegenschaftsinformationsService (BLIS, s.o.) der Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, welche Auskünfte aus verschiedenen Datenbeständen und deren Verschneidung erlaubt, auf der im Landesbetrieb für Informationstechnik installierten Dienste-Plattform verfügbar gemacht. Ziel ist es, die Wirkbetriebstauglichkeit der Plattform mit der Anwendung BLIS und deren internen und externen Nutzern bis April 2004 im Feldtest nachzuweisen.

Für das neu zu entwickelnde Verfahren „Integriertes System Berliner Jugendhilfe“ (ISBJ) der Senatsverwaltung für Bildung, Jugend und Sport wurden die Architektur und Plattformkonzept als integraler Bestandteil vorgegeben.

Start-Informationssystem für Bürgerdienste

Die Aufgabe des Start-Informationssystems ist es, den Standardaufgabenkatalog der Berliner Bürgerämter sowie bezirksspezifische Leistungsangebote zu verwalten und (zunächst) für die Sachbearbeitung am Bürgeramts-Arbeitsplatz anzubieten. Dabei wird eine Orientierung an Lebenslagen (ganzheitliche Sicht des Dienstleistungsange-

bots) unterstützt. Es ist zudem das Einstiegsportal für eine integrierte Sachbearbeitung, die auch die Einbindung von Fachverfahren ermöglicht.

Derzeitig sind ca. 600 Nutzer der bezirklichen Bürgerämter beim Start-Informationssystem angemeldet. Der Vertrag zwischen der Senatsverwaltung für Inneres und dem Auftragnehmerkonsortium lässt eine Nutzung an bis zu 20.000 Arbeitsplätzen zu. Die erfolgreiche Entwicklung und Einführung des Start-Informationssystems macht es erforderlich, zunächst eine tragfähige Basis für den alltäglichen Verfahrensbetrieb zu schaffen. Dies gilt umso mehr, als es auch über einen Internet-Mandanten angeboten und für das Call-Center eingesetzt werden soll.

Es wird z.Zt. eine Geschäftsstelle für den Verfahrensbetrieb im Landeseinwohneramt (LEA) eingerichtet. Die z.T. noch recht unterschiedliche Nutzung des Systems z.B. in den Bürgerämtern kann auf dieser Grundlage verbessert werden. Eine Überführung des Start-Infosystems zum Internet-Auftritt des Landes unter berlin.de soll im 2. Quartal d. J. erfolgen.

Online-Zahlung (E-Payment)

Ziel ist die Bereitstellung einer allgemein nutzbaren Komponente für den Online-Zahlungsverkehr (E-Payment) zur verwaltungswelt einheitlichen Nutzung über das Stadtportal berlin.de. Die Bereitstellung des Online-Zahlungsverfahrens erfolgte zunächst im Zusammenhang mit dem Internet-Angebot des Gutachterausschusses (GAA-Online, gebührenpflichtiger Internet-Abwurf von Bodenrichtwert- und Grundstückskaufpreisinformationen etc.).

Damit wurden die Voraussetzungen für eine sukzessive Anbindung weiterer kostenpflichtiger Verwaltungsdienstleistungen an das einheitliche Online-Bezahlverfahren auf berlin.de geschaffen.

Die Bedingungen für den allgemeinen Einsatz (auch unter Verwendung von Kreditkarten) werden in Zusammenarbeit mit der Senatsverwaltung für Finanzen geschaffen. Dabei wird auch der Einsatz von unbaren Zahlungsverfahren in Dienststellen mit Publikumsverkehr geregelt.

Elektronische Signatur

Von besonderer Bedeutung für sichere E-Government – Anwendungen ist die Schaffung technischer und organisatorischer Voraussetzungen für die Nutzung elektronischer Signaturen und eine gesicherte elektronischen Kommunikation.

Die dafür erforderliche technische Infrastruktur (die sog. Public Key Infrastructure – PKI) ist im Land Berlin vorhanden und wird in Abstimmung mit den anderen Bundesländern und dem Bund vom Landesbetrieb für Informationstechnik (LIT) als zentralem Infrastrukturbetreiber des Landes Berlin betrieben.

Der LIT bietet seinen Kunden die Sicherung der zertifikatbasierten Kommunikation für die IT-Anwendungen E-Mail, Client-Server-Verbindungen und VPN (virtuelle private Netzwerke). Mit den Zertifikaten der LIT-PKI wird die elektronische Kommunikation vor unberechtigter Einsichtnahme durch Verschlüsselung (Vertraulichkeit) gesichert; die Authentizität des angegebenen Kommunikationspartners und die Integrität der Daten ist durch die fortgeschrittene elektronische Signatur gewährleistet. Der LIT wurde im Mai 2003 mit einer weiteren Zertifizierungsstelle für die bundesweit agierende Verwaltungs-PKI zertifiziert und arbeitet nach den Sicherheitsrichtlinien des Bundesamts für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI).

Die Zertifikate der LIT-PKI werden neben der Verschlüsselung für Landesverfahren wie IPV, Mobile Bürgerdienste, Zugang zum Berliner Landesnetz und Netzverschlüsselung auch für Portaldienste wie EWW-Auskunftsportal und VÖBB eingesetzt. Die Web-Server des Landes und die vom LIT betriebene virtuelle Poststelle sind mit Zertifikaten ausgestattet, um eine sichere und authentische Client-Kommunikation zu ermöglichen.

In Übereinstimmung mit den Erfahrungen anderer Bundesländer und Kommunen hat sich gezeigt, dass noch offene Fragestellungen sowohl im technischen Bereich (z.B.

mangelnde Interoperabilität und Nutzerfreundlichkeit sowie hohe Anschaffungskosten der marktverfügbaren Technikkomponenten wie Chipkarten, Chipkartenleser und Software) als auch bei der Anpassung der Verfahrensabläufe (z.B. Mehraufwand durch parallel erforderlichen konventionellen Geschäftsverkehr) bestehen.

4.4 Personalentwicklung

Die Schulungs- und Seminarprogramme der VAK sowie des IVM wurden um E-Government - spezifische Kurse erweitert, so u. a.: E-Government - Überblick, E-Signatur/Verschlüsselung, Rechtsfragen des E-Government und barrierefreies WEB-Design. Im Hinblick auf die im Masterplan dargelegten Ziele, Strategien und Handlungsfelder müssen diese Aktivitäten noch erweitert werden. Das Projekt der VAK zur Erweiterung des Fortbildungsangebotes um technologiegestützte Formen der Qualifizierung (E-Learning) und die Erprobung integrierter Schulungskonzepte trägt zur Erfüllung dieses Anspruchs bei.

In einem Bericht der KGSt aus dem Jahr 2003 zum Thema „Personalmanagement: Impulse für E-Government“ wird dargestellt, dass sich die neuen technischen Möglichkeiten als Trendverstärker in einer sich verändernden Arbeitswelt auswirken. Raum, Zeit, Hierarchie und traditionelle Organisationsstrukturen verlieren ihre bisherige Begrenzungsfunktion. Diese Veränderungen der Arbeitswelt wirken sich auch auf die Beschäftigten aus. Das Personalmanagement muss auf die Chancen und Herausforderungen der zu erwartenden Entwicklungen für die Beschäftigten eingehen, sie darauf vorbereiten und rechtzeitig aktiv steuern.

Durch E-Government bietet sich die Möglichkeit, neue Formen der Zusammenarbeit, der Arbeitsorganisation und der Kommunikation zu entwickeln. Basis ist eine zielgerichtete Personalentwicklungsplanung. Die Senatsverwaltung für Inneres wird hier mit einem Organisationsprojekt initiativ werden.

4.5 Gestaltung der rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen

Mit der Neufassung des Verwaltungsverfahrensgesetzes des Bundes zum 01.02.2003 sind bundesweit sowie in Berlin die rechtlichen Voraussetzungen für eine elektronische Kommunikation mit der Verwaltung geschaffen worden. Das Gesetz zur Erprobung der digitalen Signatur in der Berliner Verwaltung vom 8. Oktober 2001 (GVBl. S. 531) ist somit entbehrlich geworden und wurde mit dem Gesetz zur Anpassung verwaltungsverfahrenrechtlicher Vorschriften an den elektronischen Rechtsverkehr vom 2. Oktober 2003 (GVBl. S. 486) aufgehoben.

Die bundesweiten Aktivitäten zur Weiterentwicklung des Meldewesens (Standardisierung der Übertragung von Meldedaten) schließen eine Novellierung des Melderechts ein (BMeldDÜV).

Das neue IT-Regelwerk, das von der Senatsverwaltung für Inneres erarbeitet wurde und derzeit verwaltungsweit abgestimmt wird, schafft die Rahmenbedingungen, um eine einheitliche Nutzung von E-Government-Diensten als Standard vorzugeben.

4.6 Finanzierung / Finanzierungsmodelle

Im Sinne des Senatsbeschlusses zur E-Government-Entwicklung vom 29.10.2002 (Beschlussfassung zum E-Government – Masterplan) gilt, dass

- Mittel für Anwendungen zur Unterstützung primär im Geschäftsbereich eines Ressorts oder Bezirks liegende Aufgabenstellungen grundsätzlich dezentral zu planen und zu veranschlagen sind,
- für den Aufbau einer landesweit einheitlichen E-Government-Infrastruktur und die Entwicklung wichtiger Pilotprojekte und Querschnittsanwendungen im Kapitel 2908 zu planen und zu veranschlagen sind.

Darüber hinaus investiert der Landesbetrieb für Informationstechnik im Hinblick auf die Entwicklung zukünftiger Geschäftsfelder in verschiedene Vorhaben (Call Center, Signatur u.a.). Für die vom LIT entwickelten Projekte ist geplant, entsprechende Geschäftsmodelle zur Refinanzierung vom LIT entwickeln zu lassen. Dabei kommen vor dem Hintergrund der Budgetierung grundsätzlich zwei Möglichkeiten in Betracht:

- Die Ausgaben werden über einen Einzelplan direkt budgetiert,
- Die Ausgaben werden vom LIT als Serviceleistungen mit den verfahrenseinsetzenden Behörden abgerechnet.

Bei der Festlegung der Variante sind die Aspekte der Steuerung und der Verhältnismäßigkeit des Abrechnungsaufwands zu beachten.

Zu den für 2002/2003 insgesamt veranschlagten Mitteln in Höhe von 1.192.000 € in Kapitel 2908, Titel 540 60 und 540 61 ist bereits in der Mitteilung zur Kenntnisnahme an das Abgeordnetenhaus vom 11. November 2003 berichtet worden.

Die Vorhaben des Leitprojekts E-Government sollen nunmehr - wie nachfolgend dargestellt - einerseits unter Inanspruchnahme des Kapitels 2908 und andererseits durch Mittel des LIT gewährleistet werden.

Aus Kapitel 2908 werden für 2004 111.000 € und für 2005 81.000 €, mithin insgesamt 192.000 € aus Kapitel 2908 für folgende Projekte benötigt:

- Fundsachen im Netz (FuN): 31.000 € in 2004 und 31.000 € in 2005
- E-Vergabe VOB 80.000 € in 2004 und 50.000 € in 2005

Im Rahmen von der Senatsverwaltung für Inneres in Abstimmung mit der übrigen Verwaltung festzulegenden Landesauftragvereinbarungen soll der Landesbetrieb für Informationstechnik diese Projekte zu Dienstleistungen entwickeln und der Berliner Verwaltung zur Verfügung stellen. Zur Finanzierung können Rücklagemittel des LIT eingesetzt werden.

Es handelt sich hierbei um folgende Projekte mit einem Finanzierungsvolumen für die Jahre 2004 und 2005 von insgesamt 5.955.000 €

- Formularservice: 300.000 €
- Berlin-Telefon: 2.755.000 €
- E-Procurement: 2.050.000 €
- Voice-Auskunftdienst: 700.000 €
- E-Appointment: 150.000 €

Der LIT hat im Wirtschaftsplan 2004 für diese Projekte insgesamt 4.300.000 € vorgesehen. Er plant, die weiteren in Höhe von 1.655.000 € benötigten Mittel in den Wirtschaftsplan 2005, der zum Dezember 2004 aufgestellt sein wird, aufzunehmen.

Eine Inanspruchnahme des Kapitels 2908 für diese Projekte ist somit entbehrlich.

Der Staatssekretärsausschuss für Verwaltungsmodernisierung hat in seiner Sitzung am 30.03.2004 diese Vorgehensweise zur Kenntnis genommen.

4.7 Intensivierung regionaler und überregionaler Kooperation

E-Government hat auch zum Ziel, Verwaltungsstrukturen und –grenzen für Bürger und Wirtschaft in den Hintergrund treten zu lassen. Dies gilt für alle Verwaltungseinheiten, auch über städtische und Landesgrenzen hinweg. Berlin beteiligt sich daher an verschiedenen Kooperationen und Initiativen. Diese haben auch das Ziel, durch gemeinsame Entwicklungsarbeit und den Austausch von Verfahren Ressourcen einzusparen.

Kooperation mit Brandenburg

Ein unter beiden Aspekten wichtiges Beispiel ist die Kooperation mit dem Land Brandenburg im Bereich der elektronischen Beschaffung (SenInn/LIT-MI/LDS). Sie trägt ei-

nerseits dazu bei, Aufwände für die Entwicklungsarbeit zu senken. Zum anderen sollen die Voraussetzungen für ein regionales Beschaffungsportal geschaffen werden. Es ist beabsichtigt, die Zusammenarbeit weiter zu intensivieren.

Kooperation mit Bremen

Bereits in 2002 wurde eine Verwaltungsvereinbarung mit Bremen zur E-Government - Kooperationsvereinbarung abgeschlossen. Das Start-Informationssystem für Bürgerämter wurde in diesem Rahmen bereits von Bremen übernommen. Von Bremen neu entwickelte Komponenten für das Einwohnermeldewesen sind im Landeseinwohneramt Berlin im Einsatz. Ebenso wurde im Bereich von SenJust das Verfahren AUMAV (OptiMahn / ProfiMahn) von Bremen übernommen. Für das Projekt Senatsinformations- und Dokumentationssystem werden die Erfahrungen mit einer in Bremen bereits eingeführten Anwendung ausgewertet.

Deutschland Online

Die Initiative Deutschland Online von Bund, Ländern und Gemeinden gliedert sich in insgesamt in 5 Handlungsfelder

- Dienstleistungsportfolio (gemeinsame, elektronische Bereitstellung der wichtigsten Dienstleistungen),
- Portalverbund (Bund, Länder und Kommunen schaffen einen Verbund ihrer Internet-Portale und machen ca. 7000 bestehende Angebote durch einen gemeinsamen Online-Zuständigkeitsfinder erschließbar),
- Infrastrukturen (Bund, Länder und Kommunen schaffen gemeinsame Infrastrukturen, um ihren Datenaustausch unter Nutzung und Verbreitung elektronischer Signaturen auf Basis einheitlicher Standards zu erleichtern),
- Gemeinsame Standards, Daten- und Prozessmodelle (Auf der Basis eines gemeinsamen E-Government-Architekturmodells sollen definierte Standards, Daten- und Prozessmodelle für hoch effiziente Kommunikations- und Transaktionsstrukturen unter Verwendung von XML-basierten Techniken genutzt werden),
- E-Government-Koordinierung und –Transfer (Verbesserung der E-Government-Koordinierung durch die Staatssekretärsrunde E-Government als steuerndes Gremium)

Berlin ist von Beginn an in der vom BMI geleiteten bundesweiten Staatssekretärsrunde zur Förderung des E-Government in Deutschland vertreten und beteiligt sich derzeit in den Bereichen Internetportale, Bauwesen, Geodaten und Meldewesen. Weitere Beteiligungen und die Übernahme von Federführungen in weiteren Projekten befinden sich noch in der Abstimmung.

Die MPK hat in ihrer Sitzung am 18.12.2003 das Gesamtvorhaben Deutschland-Online zustimmend zur Kenntnis genommen, dessen Fortschritte begrüßt, die Staatssekretärsrunde E-Government um forciertes Vorantreiben gebeten und die Fachministerkonferenzen ersucht, die Umsetzung von Deutschland-Online im Rahmen ihrer Zuständigkeiten personell und finanziell sicherzustellen. Gleichzeitig wurde die Staatssekretärsrunde E-Government beauftragt, bis zur nächsten MPK-Sitzung am 17.06.2004 messbare Ziele zwischen Bund und Ländern zu vereinbaren und zur Entscheidung vorzulegen.

MEDIA@komm-TRANSFER

MEDIA@Komm ist das Leitprojekt für kommunales E-Government. Im Rahmen dieses Projekts förderte das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) im Zeitraum 2000-2003 in den Regionen Bremen, Esslingen und Nürnberg die Entwicklung und Erprobung fortgeschrittener E-Government-Technologien und –Anwendungen.

Mit der Anschlussmaßnahme MEDIA@Komm-TRANSFER will das BMWA die Entwicklung von E-Government bundesweit beschleunigen und harmonisieren sowie die Position des E-Government-Standorts Deutschland im internationalen Wettbewerb verbessern. Dabei verfolgt MEDIA@Komm-TRANSFER drei strategische Linien:

- Multiplikation von Know-how zur beschleunigten Verbreitung von beispielhaften Lösungen (Best-Practices).
- Harmonisierung und Standardisierung der Online-Verwaltungsverfahren zur Verbesserung der Koordinierung und Kooperation von kommunalem E-Government. Ein wichtiger Teil ist die Weiterentwicklung und breite Anwendung des mit MEDIA@Komm geschaffenen OSCI-Transport-Standards. Vorbild ist das derzeit entstehende Online-Meldewesen, an dem Bund, Länder und Kommunen zusammen arbeiten.
- Stärkung der internationalen Kooperation, insbesondere mit ausländischen Verwaltungen, die ähnliche Verwaltungsstrukturen wie in Deutschland haben (z.B. Osteuropa, Russland).

Zur Umsetzung von MEDIA@Komm-Transfer hat das BMWA von November 2003 bis März 2004 bundesweit ein Interessenbekundungs- und Auswahlverfahren für Städte und Gemeinden durchgeführt, um kompetente Transferkommunen zu gewinnen. Insgesamt haben sich hieran 110 Städte und Gemeinden beteiligt, von denen von einer unabhängigen und fachübergreifend zusammengesetzten Jury insgesamt 20 ausgewählt wurden.

Die Senatsverwaltung für Inneres hat sich an diesem Auswahlprozess mit einem Transferkonzept erfolgreich beteiligt. Die Übergabe einer entsprechenden Urkunde erfolgte auf der diesjährigen CeBIT.

Kooperation mit der Wirtschaft

Die Zusammenarbeit mit Unternehmen im Rahmen von Public Private Partnership - Modellen hat zur Entwicklung verschiedener Lösungen wesentlich beigetragen, so z. B. bei berlin.de, bei der Entwicklung einer E-Government-Architektur, beim Start-Informationssystem, beim Business-Location-Center, beim „Voice-Auskunftsdienst“ und beim Projekt Mobile Bürgerdienste.

Es ist vorgesehen, die weiteren Planungen zur E-Government-Entwicklung auch mit der Wirtschaft zu diskutieren, um neue Möglichkeiten der Zusammenarbeit zu erschließen. Insbesondere sollen auf diesem Wege Hinweise auf andernorts bereits implementierte und ggf. übernehmbare Anwendungen und Erfahrungen gewonnen werden.

5. Weiteres Vorgehen und Ausblick

Der Aufbau der gemeinsamen Infrastruktur für das E-Government wird fortgesetzt. Dabei hat die Unterstützung verschiedener Zugangswege zu den Verwaltungsdiensten weiterhin Priorität. Der Ausbau barrierefreier Zugänge und Angebote wird fortgesetzt.

Die Bereitstellung von E-Government - Anwendungen wird intensiviert. Die Nutzung verwaltungsweit einheitlicher Dienste unterstützt die Entwicklung entsprechender Verfahren. Die Steuerung dieser Entwicklung im Hinblick auf Einheitlichkeit und Wirtschaftlichkeit der Lösungen wird verstärkt.

Die landesweit abgestimmte Planung und Priorisierung von E-Government - Vorhaben wird ausgebaut. Eine Grundlage dafür bietet die Einbeziehung von E-Government - Projekten in die allgemeine IT-Planungsübersicht des Landes. Bei der Priorisierung sind solche Projekte besonders zu berücksichtigen, die über den Kundennutzen hinaus deutliche Rationalisierungseffekte für die Verwaltungsarbeit versprechen.

Eine ausgewogene E-Government – Konzeption verlangt auch die kontinuierliche Erhöhung der Transparenz von Verwaltungsarbeit. Die Internetangebote der Verwaltungen sind dementsprechend auszubauen.

Gegenüber den auf Bürger und Wirtschaft ausgerichteten Internetangeboten kommt der Nutzung des Intranets für verwaltungsinterne Aufgaben bisher eine eher nachrangige Bedeutung zu. Zumindest sind die einzelnen Angebote sehr inhomogen und unterschiedlich weit entwickelt. Die mit dem Intranet für die Nutzer innerhalb der Verwaltung gegebenen Innovations- und Rationalisierungsmöglichkeiten müssen zukünftig

stärker ausgeschöpft werden. Die Nutzung des Intranets und die Intranet-Angebote der Verwaltungen sind auszubauen und zu vereinheitlichen.

Sowohl für das Internet- als auch für das Intranet-Angebot gilt, dass in beiden Fällen mit der Ausweitung der Angebote im Regelfall zwingend umfassende Geschäftsprozessoptimierungen in der Verwaltung einhergehen müssen.

Die gesamte weitere Planung und Umsetzung des E-Government Masterplans ist darauf auszurichten, dass durch strukturelle Veränderungen, insbesondere durch Vereinfachung und Beschleunigung von Verwaltungsabläufen im Zusammenspiel mit technischer Innovation ein konkreter Nutzen erreicht und Rationalisierungspotenziale umfassend ausgeschöpft werden.

Der Senat wird – nach Vorbereitung durch den Staatssekretärsausschuss – unmittelbar nach der Sommerpause strategisch festlegen

- welche Ziele konkret bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden sollen,
- in welchen Verantwortungsstrukturen diese zu realisieren sind und
- welche Maßnahmen und Arbeitspakete zur Erreichung der Ziele verabredet werden müssen.